
Vorstoss-Nr: 143-2013
Vorstossart: **Motion**
Eingereicht am: 02.06.2013
Eingereicht von: Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP) (Sprecher/ -in)
Weitere Unterschriften: 8
Dringlichkeit: Ja 06.06.2013
Datum Beantwortung: 21.08.2013
RRB-Nr: 1083/2013
Direktion: POM

Kosten für Überstunden in feste Stellen investieren

Der Regierungsrat wird aufgefordert, Geld im Umfang der Kosten der in den letzten fünf Jahren (Durchschnitt) geleisteten Überstunden für die bereits beschlossene Aufstockung von festen Stellen zu investieren.

Begründung:

Obschon im Kanton Bern und vor allem in der Hauptstadtregion Schweiz weitaus am meisten Demonstrationen und wichtige Sportanlässe stattfinden, haben wir eine relativ tiefe Polizeidichte von 19 Polizisten auf 10 000 Einwohner (vgl. BS: 35/10 000 Einw.; GE: 30/10 000 Einw.; ZH: 27/10 000 Einw.; VD: 24/10 000 Einw.; TI: 26/10 000 Einw.).

Dies führt dazu, dass unser Polizeikorps im Jahr 2012 rund 549 000 Überstunden leisten musste. Selbstverständlich müssen diese Überstunden bezahlt werden. Die ausgewiesene Überstundenzahl entspricht über 200 Stellen. Da die Lebensqualität und die Gesundheit der Polizeikorpsangehörigen und deren Familien mit dermassen vielen Nacht- und Wochenendeinsätzen gefährdet sind, müssen die Überstunden kostenneutral in feste Stellen umgewandelt werden.

Weil sich die Situation zuspitzt und weil unter solchen Arbeits- und Lohnbedingungen die Rekrutierung neuer Polizistinnen und Polizisten immer schwieriger wird, sind Massnahmen umgehend einzuleiten.



Antwort des Regierungsrates

Grundsätzlich ist die Belastung für die Mitarbeitenden der Kantonspolizei unverändert hoch. In den Kernbereichen Sicherheits-, Gerichts- und Verkehrspolizei ist die Geschäftslast in den letzten Jahren stetig angestiegen oder auf hohem Niveau stagniert. Eine Entlastung ist nicht absehbar.

In der Begründung der vorliegenden Motion wird irrtümlicherweise erwähnt, dass in der Kantonspolizei im Jahr 2012 549'000 Stunden Zeitguthaben entstanden sind. Richtig ist, dass der Zuwachs im Jahr 2012 82'000 Stunden betrug. Bei den 549'000 Stunden handelt es sich um das gesamte Zeitguthaben^{*)}, das im Polizeikorps kumulativ über mehrere Jahre entstanden ist. Die Entwicklung der Zeitguthaben in Stunden sowie die Rückstellungen in CHF Mio. bei der Kantonspolizei präsentieren sich wie folgt:

Jahr	2008	2009	2010	2011	2012
Zeitguthaben	230'000	298'000	381'000	467'000	549'000
Veränderung		+68'000	+83'000	+86'000	+82'000
Rückstellungen	13.6	17.9	23.1	29.7	35.2
Veränderung		+4.3	+ 5.2	+6.6	+5.5

*) beinhaltet Guthaben aus Gleitzeit, nicht bezogenen Ferientagen und Langzeitkonto

Die Zahlen zu den Zeitguthaben zeigen, dass für die Beibehaltung des bisherigen polizeilichen Sicherheitsniveaus im Kanton Bern eine personelle Verstärkung der Kantonspolizei grundsätzlich angezeigt ist. Ebenfalls wirken sich die im interkantonalen Vergleich sowie gegenüber dem Bund unterdurchschnittlichen Lohn- und Anstellungsbedingungen auf die Rekrutierung von neuen Polizistinnen und Polizisten aus. Bereits prekär ist die Situation bei den Sicherheitsassistenten, die u.a. für die Botschaftsbewachung eingesetzt werden.

Es ist nicht absehbar, dass sich diese verschlechterten Rahmenbedingungen in den nächsten Jahren grundsätzlich verbessern werden. Um diesen Entwicklungen im Rahmen bestehender Möglichkeiten entgegenzuwirken, wird unter anderem angestrebt, mit der Schaffung eines Laufbahnkonzepts den Polizeiberuf im Kanton Bern auch weiterhin attraktiv zu halten.

Die Polizei- und Militärdirektion hat dem Regierungsrat im Jahr 2009 einen Bericht unterbreitet, der eine Bestandserhöhung der Kantonspolizei um 130 Stellen über fünf Jahre vorsah. Dieses Anliegen wurde in der Folge durch mehrere überwiesene parlamentarische Vorstösse gestützt¹. Seither genehmigte der Regierungsrat zwei Tranchen mit insgesamt 46 Stellen. Eine nächste Erhöhung ist im Aufgaben- und Finanzplan 2016 (Eintritt ins Korps) vorgesehen.

Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass die bisherige Strategie einer Bestandserhöhung des Korps der Kantonspolizei um insgesamt 130 Stellen durch die derzeit laufende Aufgaben- und Strukturüberprüfung (ASP 2014) tangiert wird. Gemäss dem Bericht des Regierungsrates an den Grossen Rat vom 26. Juni 2013 soll der bewilligte Bestand der Kantonspolizei Bern in drei Jahrestanchen um insgesamt 100 Stellen reduziert werden. Der Grundsatzentscheid anlässlich der Novembersession 2013 zu den vorgeschlagenen Massnahmen im Rahmen von ASP 2014 ist abzuwarten, bevor weitergehende personalrelevante Entscheidungen getroffen werden können.

Bezüglich der Anhäufung von Zeitguthaben auf dem Langzeitkonto hat der Regierungsrat bereits Plafonierungsmassnahmen beschlossen, um die finanzielle Belastung zu mindern. Beispielsweise wurde eine Maximalgrenze für die Speisung des Langzeitkontos eingeführt und gleichzeitig vorgeschrieben, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung pro Jahr mindestens 10 Ferientage des aktuellen Jahresguthabens und insgesamt mindestens 20 freie Tage beziehen müssen. Der Regierungsrat gibt jedoch zu be-

¹ M 154-2007 Meyer; M 225-2009 Beeri-Walker; M 281-2009 Meyer; M 316-2009 Geissbühler-Strupler, M 028-2010 Geissbühler-Strupler

denken, dass gerade bei der Kantonspolizei die allfällige Bildung von Zeitguthaben aufgrund der operativen, ereignisgesteuerten Tätigkeit schwer steuerbar ist.

Die Motionärin fordert vom Regierungsrat, die bestehenden Rückstellungen in feste Stellen umzuwandeln. Die Rückstellungen für Zeitguthaben und nicht bezogene Ferien entsprechen den Forderungen der jeweiligen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ein anderweitiger Einsatz der Rückstellungen als für bestehende persönliche, personalrechtliche Forderungen ist rechtlich nicht möglich und auch nicht vorgesehen.

Antrag: Ablehnung

An den Grossen Rat